

Runder Tisch der Erwerbslosen- und Sozialhilfeorganisationen

Presseerklärung



c/o Angela Klein
angela.klein@gmx.de
Erika Biehn
bagshi.erika@web.de

Schröder führt Krieg nach innen

Die Rede, die Bundeskanzler Schröder vergangenen Freitag im Bundestag gehalten hat, bestätigt, was im Vorfeld über sie an die Öffentlichkeit gelangte: Der Kanzler hat nun auch offiziell die Abkehr vom bisherigen Sozialsystem, insbesondere durch die Abschaffung der Arbeitslosenhilfe, verkündet. Er hat zugeben, dass die Regierung trotz der Aberkennung des Rechts auf Leistungsbezug für mehrere hunderttausend Langzeitarbeitslose sich nach wie vor keine Mittel an die Hand gibt, um ihnen einen Arbeitsplatz zu bieten. Er hat wiederholt, dass die Regierung keine Maßnahmen ergreifen wird, um die Wirtschaft zu zwingen, betriebliche Ausbildungsplätze zu schaffen. Stattdessen stellte er Jugendlichen in Aussicht, durch den "Abbau von Bürokratie", sprich die Durchlöcherung des Jugendarbeitsschutzes, und durch Ausweitung prekärer ("flexibler") Beschäftigung ihren Ausbeutungsgrad zu erhöhen und ihnen die Aussicht auf eine qualifizierte Beschäftigung und eine planbare Zukunft zu verweigern.

Der Kanzler hat die hohen Lohnnebenkosten für die anhaltende Erwerbslosigkeit verantwortlich gemacht. Es verhält sich umgekehrt: Die anhaltende Massenerwerbslosigkeit senkt die Zahl der Beitragszahlenden und lastet auf den Sozialkassen. 20 Jahre lang hat die Politik die Kosten dafür den Erwerbslosen und abhängig Beschäftigten aufgebürdet. Immer wieder hat sie versprochen, dadurch die Arbeitslosigkeit zu senken. Dieser Ansatz ist sichtbar gescheitert; Auch Riesters JobAktiv-Gesetz und die Verschärfung der Zumutbarkeiten haben nicht verhindert, dass die Arbeitslosenzahlen in diesem Jahr bald fünf Millionen erreicht haben; und auch die Durchsetzung der Leiharbeit als "Normalarbeitsform" und die Abdrängung von Erwerbslosen in ICH-AGs wird, das sagen alle bisherigen Berechnungen, keine Entlastung auf dem Arbeitsmarkt bringen.

Dieser vernichtenden Bilanz seiner bisherigen Regierungstätigkeit hat sich der Kanzler mit keinem Wort gestellt. Stattdessen verkündete er die Abschaffung der Arbeitslosenhilfe als "Chance für die, die arbeiten können und wollen". 1,2 Millionen Menschen werden dadurch aus dem Leistungsbezug gedrängt; sie sollen künftig gar nichts mehr erhalten – weder Arbeitslosenhilfe, noch Sozialhilfe. Das Risiko der Erwerbslosigkeit wird für sie vollständig privatisiert; und zu dem Einkommensverlust kommt noch hinzu, dass sie nun auch den Anspruch auf Kranken- und Rentenversicherung

verlieren. “Vor allem bei der Arbeitslosenhilfe nehmen wir den Leuten richtig Geld weg”, hat Hans Eichel im vergangenen Jahr versprochen – nämlich 2 Mrd. Euro.

Die Kanzler-Rede ist eine Kriegserklärung nach innen!

Jeder dritte Arbeitslosenhaushalt lebt heute schon unter der Armutsgrenze; setzt die Regierung ihre Pläne durch, wird diese Zahl massiv in die Höhe schnellen. Der Bundeskanzler hat in seiner Rede eine Gesellschaft beschworen, in der nicht “das Gesetz des Dschungels” herrscht, sondern “selbstbewusste Arbeitnehmer” Tüchtiges leisten. Er tut sein Bestes, diese Gesellschaft abzuschaffen. Auch diese Bundesregierung belohnt stattdessen die leistungslosen Vermögen, die in den letzten zehn Jahren auf 205 Mrd. Euro gestiegen sind. 205 Mrd. Euro, die weder durch eine Vermögensteuer noch auf sonstige Weise herangezogen werden, Arbeitsplätze zu schaffen und den aus dem Erwerbsleben Ausgegrenzten reale Chancen für ihre volle Teilhabe an der Gesellschaft zu bieten. Stattdessen ist die Regierung stolz darauf, dass sie in Zeiten der Krise der Bundesanstalt für Arbeit den Bundeszuschuss von 5 Mrd. Euro streicht. Und sie hat auch kein Problem damit, in den kommenden 15 Jahren 110 Mrd. Euro für Waffensysteme zu finden, die die Bundeswehr weltweit interventionsfähig und für Angriffskriege tauglich machen sollen.

Gegen den drohenden Bush-Krieg im Irak ist die Welt aufgestanden und hat die Kriegstreiber in große Schwierigkeiten gebracht. Wir brauchen einen Massenprotest ähnlicher Größenordnung, um den sozialen Krieg zu stoppen. Die Gewerkschaften, die von der Regierung eindeutig vor den Kopf gestoßen wurden, sollen sich an ihren italienischen und spanischen Kollegen ein Beispiel nehmen und nicht nur gegen den Krieg betriebliche Aktionen durchführen, sondern auch gegen die Abschaffung der Arbeitslosenhilfe und die Aushöhlung des Kündigungsschutzes!

Die Erwerbslosen sind es leid, die Melkkuh der Nation zu sein. Gemeinsam mit den Anti-Hartz-Bündnissen und allen Erwerbslosenverbänden wird der Runde Tisch in den kommenden Wochen deshalb wieder zu Aktionen auf der Straße aufrufen.

Runder Tisch der Erwerbslosen- und Sozialhilfeorganisationen
Berlin, 15.3.2003